



Thüringer Gesetz zur Sicherstellung von Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum durch Sparkassen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3297 -

ZWEITE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, zweite Lesung, ich habe es beim ersten Mal schon erwähnt: Seit Jahren ist ein Sparkassensterben im ländlichen Raum in Thüringen zu verzeichnen. Von den ursprünglich 539 Geschäftsstellen und Selbstbedienungsbereichen waren Ende 2015 nur noch knapp 330 übrig – fast eine Halbierung, also von einem Drama vor allem für den ländlichen Bereich nicht weit entfernt. Mit Blick auf diesen Kahlschlag und mit Blick auf die angekündigte Gebietsreform müssen jetzt sofort Gesetzesänderungen vorgenommen werden, um die rechtlichen Grundlagen für den Erhalt des Sparkassennetzes und die Attraktivität des Lebens auf dem Lande zu schaffen.

(Beifall AfD)

Die Sparkassen sind als Anstalten des öffentlichen Rechts an den öffentlichen Auftrag gebunden. Dieser kann durch eine Änderung des Sparkassengesetzes und der Kommunalordnung erweitert werden – nichts anderes beantragen wir hier. Die in der ersten Lesung getätigte Aussage, unser Gesetzentwurf sei dirigistisch, ist natürlich wie so vieles von Ihnen von den Altparteien Quatsch. Dass im Rahmen der Selbstverwaltung Vorschriften gemacht und auch geändert werden können, ist das Normalste der Welt. Unser Gesetzentwurf schreibt der Sparkassenselbstverwaltung lediglich vor, dass für das Gemeinwohl und den Erhalt des ländlichen Raums zukünftig verpflichtend ein Bargeld- und Dienstleistungsangebot bereit- und vorzuhalten ist. Bei der Umsetzung dieses Gebots wird der Geschäftspolitik vor Ort ein großer Handlungsspielraum belassen. Der Landesregierung soll bei der Sparkassenaufsicht zukünftig eine aktivere Rolle zukommen. Ich hoffe, dass die Landesregierung dann für die Sparkassenaufsicht auch mehr Zeit findet als für die Teilnahme an dieser Plenarsitzung.

(Beifall AfD)

Unser Gesetz ermöglicht eine bessere Kontrolle des Sparkassennetzes hinsichtlich des Erhalts von Siedlungskernen und der Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum. Allerdings hat es den Anschein, dass die Führungsebene im Finanzministerium – die ich jetzt hier herzlich begrüße, die

Spitze – mit dem Erhalt der Sparkassen im ländlichen Raum absolut überfordert ist und das wahrscheinlich auch gar nicht will. Überhaupt haben wir den Eindruck, dass Rot-Rot-Grün weder den ländlichen Raum noch die Heimat will. Ramelow und Hoff – wo sind die? Im ländlichen Raum unterwegs? – und Co. wollen lieber anonyme Großkreise, die den DDR-Bezirksstrukturen sehr nahe kommen, und die geplante Gebietsreform, ich bin sicher, ist nur ein Schritt, um diese Richtung „DDR-Strukturen“ auch wieder herbeizuführen. Unterstützt werden sie von den deutschen demokratischen Ramelowfraktionen hier, von der SPD bis zu den Linken.

Meinen Damen und Herren, Frau Taubert ist da, ich nutze die Gelegenheit auf den auch inhaltlich unterirdischen Redebeitrag der Ministerin bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs nochmal einzugehen, der die fehlende Eignung der Frau Taubert für das bekleidete Amt unterstrich. Und da muss ich sagen, da waren ungefähr 90 Prozent der Thüringer Wähler bei der letzten Wahl sehr viel schlauer als der Herr Ramelow nach der Wahl, denn ungefähr 90 Prozent, wie Sie wissen, haben die SPD und ihre Spitzenkandidatin bei der letzten Wahl nicht gewählt und die wussten schon warum. Frau Taubert behauptete doch allen Ernstes in der ersten Lesung des Gesetzes, unser Gesetzentwurf stünde im Widerspruch zu § 71 Abs. 4 der Thüringer Kommunalordnung. Wenn wir da mal reinschauen, Frau Taubert, schreibt dieser Paragraph vor, dass Gemeinden keine Bankunternehmen gründen dürfen. Hat also mit unserem Gesetzentwurf genauso viel zu tun wie die SPD und ihr Heilsbringer Martin Schulz mit Glaubwürdigkeit und sozialer Gerechtigkeit, nämlich gar nichts.

(Beifall AfD)

Nochmals, Frau Taubert – Sie sind ins Gespräch vertieft, ich rede etwas langsamer, dass Sie verstehen und vielleicht mitschreiben können: Erstens geht es bei unserem Gesetzentwurf nicht um Banken, sondern um Sparkassen. Dazu schauen Sie einfach mal in § 71 Abs. 4 Satz 2 der Thüringer Kommunalordnung und in das Thüringer Sparkassengesetz und Sie werden staunen was da drin steht. Und zweitens geht es nicht um die Gründung von Instituten, Frau Taubert, sondern darum, was Sparkassen zu leisten haben. Es geht also um den öffentlich vorgeschriebenen Leistungskatalog der Sparkassen. Und da sagt die AfD ganz klar: Sparkassen müssen ein flächendeckendes Bargeldangebot ebenso zur Verfügung stellen wie Beratungsleistungen vor Ort.

(Beifall AfD)

Frau Taubert, noch zwei Vorschläge zur Güte. Angesichts Ihrer wiederholt peinlichen und fachlich falschen Aussagen als Ministerin von hier vorne, sollten Sie dazu übergehen, sich Ihre Reden von qualifiziertem Personal schreiben zu lassen, so wie wir. Dieses Personal müsste ja zu Hauf in Ihrem Ministerium anzutreffen und auch in der Lage sein, Ihre Reden vorzubereiten. Und Sie sollten entweder Ihr Ministeramt oder Ihr Landtagsmandat, am besten beides, niederlegen, weil Sie offensichtlich und greifbar sowohl für das eine als auch für das andere nicht geeignet sind. Dass Sie keinerlei Interesse an der Bargeldversorgung im ländlichen Raum haben, Frau Taubert, liegt wohl daran, dass Sie hier nach Ihrer eigenen Aussage sogar Ihre Autos mit Kreditkarte kaufen, was die Menschen draußen nicht hinbekommen, Frau Taubert. Glauben Sie es mir.

(Beifall AfD)

Versuchen Sie einfach mal oder machen Sie es einfach mal, reden Sie mal wieder mit den Menschen auf der Straße.

Meine Damen und Herren, auch Inhaber von Geschäften und Gaststätten haben zunehmend ein Problem, wenn sie ihr Bargeld nicht in Filialen oder in Automaten einzahlen können. Immer mehr

Unternehmer sitzen auf dem Bargeld oder müssen weite Strecken zurücklegen und haben Gebühren zu zahlen, wenn sie Bargeld einzahlen wollen. Damit gehen erhöhte Geschäftskosten einher und die sind der Attraktivität des ländlichen Raums abträglich. Jetzt steht ja außer Frage, dass die Demontage der Sparkassen ein großes Problem des ländlichen Raums und damit unserer Heimat in Thüringen ist. Unser Gesetzentwurf sieht daher nicht allein die verpflichtende Bargeldversorgung im ländlichen Raum vor, vielmehr soll die Strukturpolitik des Landes mit der Geschäftspolitik der Sparkassen verknüpft werden. Über die Raumplanung des Landes – auch das steht in unserem Gesetzentwurf – und die Finanzdienstleistungen vor Ort soll ein enger Zusammenhang hergestellt werden. Es ist sofort ersichtlich, dass eine Förderung des ländlichen Raums wenig Sinn macht, wenn kurz nach der kostspieligen Sanierung des Dorfkerns die Sparkasse schließt. Es ist daher, meine Damen und Herren, jetzt erforderlich, diesen Gesetzentwurf eingehend zu behandeln und sich der Probleme des ländlichen Raums anzunehmen. Wir beantragen daher nochmals die Überweisung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und begleitend an den Infrastrukturausschuss. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also werte Abgeordnete von den Grünen, es bleibt doch Ihr Geheimnis, wieso die Kunden darunter leiden sollen, wenn sich das Filialnetz möglicherweise wieder ausweitet, wenn mehr Automaten aufgestellt werden,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil sie es bezahlen!)

wenn Dienstleistungen wieder vor Ort vorgehalten werden. Das ist, glaube ich, Ihre Lebensfremdheit, die Sie von hier vorne versuchen zu verbreiten. Für die Kunden wird alles viel besser dadurch. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf so eine Schnapsidee kommen.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tatsächlich?)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer bezahlt das dann?)

Wir haben einen öffentlichen Auftrag der Sparkassen. Das habe ich das letzte Mal schon versucht, Ihnen näherzubringen, dass wir hier nicht, wie Sie offenbar in diesem Punkt plötzlich, die Neoliberalen sind, dass reine Gewinnorientierung der Sparkassen keine Rolle spielt, sondern die haben einen öffentlichen Auftrag und dazu gehört auch die Versorgung mit Bargeld und Dienstleistungen vor Ort. Das ist ganz einfach. Ich weiß gar nicht, was Sie hier plötzlich für turbokapitalistische Ideen gebären. Das schockiert mich.

(Beifall AfD)

Frau Floßmann, ich habe mir fünf Punkte aufgeschrieben. Jede Gemeinde soll ihre Sparkasse vorhalten – das fordern wir nicht. Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen. Unabhängig und marktorientiert sollen Sparkassen sein. Ja, das ist ein Teil, aber da schließt sich der Kreis zu dem, was ich gerade zu den Grünen gesagt habe. Die Sparkassen haben auch einen öffentlichen Auftrag. Und da, wo ich als Sparkasse davon profitiere, dass ich öffentliche Unterstützung habe, muss ich auch der Öffentlichkeit etwas zurückgeben, und dazu gehört auch, dass ich nicht jeden Geldautomaten durchkalkulieren kann, ob der Gewinn abwirft, sondern ich muss einfach dafür sorgen,

dass die Leute vor Ort gut versorgt werden.

Der gesetzliche Anspruch auf das Girokonto fehlt mir bisher auch. Es gibt da irgendeine Verordnung, wenn ich das richtig gelesen habe, oder irgendeine Übereinkunft, aber dass in einem Gesetz steht, dass ich als juristische Person ein Girokonto eröffnen kann, ist mir bisher fremd. Sie können ja gleich noch mal Aufklärung leisten von hier vorn.

Dass Sie uns vorwerfen, dass wir nicht gegen die Niedrigzinspolitik der EZB vorgehen, das muss ich mir jetzt noch mal auf der Zunge zergehen lassen. Da haben Sie Recht. Aber da muss ich Sie fragen, wie sollen wir als AfD das denn tun? Wir arbeiten daran, dass wir das dann ab Anfang nächsten Jahres tun können und zwar ganz massiv, auch aktiv aus dem Bundestag heraus und vielleicht auch mit einer wie auch immer ausgestatteten Mehrheit. Dann können wir dagegen vorgehen. Aber uns mit 10 Prozent hier im Thüringer Landtag diesen Vorwurf zu machen, also ich muss sagen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie haben die Niedrigzinspolitik der EZB mitverzapft, Sie sind dafür verantwortlich und kein anderer! Uns jetzt vorzuwerfen, wir machen nichts dagegen, da zäumen Sie das Pferd – muss ich ganz ehrlich sagen – von hinten auf.

(Beifall AfD)

Alles in allem zusammengefasst muss ich sagen, ich habe zugehört – meine Rede finde ich ja sowieso gut, bevor ich sie gehalten habe, nach dem Halten immer noch viel besser –, aber Sie haben mich zumindest nicht vom Gegenteil überzeugt, so dass ich Sie nochmals bitte, zumindest der Überweisung in den Ausschuss zuzustimmen, damit wir dann darüber reden können. Denn in der Sache selber, Frau Floßmann, sind wir ja wohl einig, dass etwas getan werden soll. Und wie sollen wir was tun, wenn wir nicht mal im Ausschuss darüber reden.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Brandner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Nachfrage der Abgeordneten Floßmann?

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja.

Abgeordnete Floßmann, CDU:

Herr Brandner, erklären Sie mir doch bitte mal den Artikel 1 „Änderung der Thüringer Kommunalordnung“, wo Sie die Worte einfügen wollen: „Die Versorgung mit Finanzdienstleistungen der Sparkassen“.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Wo haben wir das?

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner ...

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich sehe es gerade. Hier sollte eingefügt werden, dass die Gemeinden sich darum kümmern. Was ist daran nicht zu verstehen?

Abgeordnete Floßmann, CDU:

Also soll doch die Gemeinde dann die Finanzdienstleistungen vorhalten?

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Floßmann, wenn Sie einen Redebeitrag halten wollen – also ein Zwiegespräch geht hier bitte nicht.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Sie haben gesagt, wir würden den Gemeinden vorschreiben, sie müssten eigene Sparkassen gründen – oder was?

Abgeordnete Floßmann, CDU:

Deshalb sollen Sie mir ja mal diesen Gesetzestext erklären, was Sie in die Thüringer Kommunalordnung einfügen möchten, dass die Kommunen diese Leistungen vorhalten müssen.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, dass die Versorgung mit Finanzdienstleistungen sichergestellt ist, dass das die Gemeinden machen müssen, genau wie im öffentlichen Personennahverkehr beispielsweise, bei der Wasserversorgung, da steht es auch drin.

Abgeordnete Floßmann, CDU:

Danke schön, das reicht.

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich musste noch mal, Herr Pidde hat mich ja so freundlich aufgefordert.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat er nicht!)

Doch, er wollte das quasi. Was ich zu Frau Taubert gesagt habe, das waren keine Beleidigungen, Unterstellungen, das waren einfach Fakten und nichts anderes.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ihre Fakten!)

Abgesehen davon machen wir uns um Frau Taubert wenig Gedanken, weil sie so ins Gespräch vertieft war mit irgendjemanden, sie hat sowieso nicht zugehört, also hat sie auch nichts mitbekommen. Von daher bin ich da ganz entspannt. Ihnen von der CDU muss ich noch mal sagen: Jetzt regen Sie sich auf über den demokratischen Block auf der linken Seite, über die deutschen demokratischen

tischen Ramelow-Fraktionen. Im letzten Plenum haben Sie sich mit denen gemeinsam wie auf einer Kleinkunsthöhne hier aufgeföhrt, wie auf eine Kleinkunsthöhne agiert, im Plenum und jetzt sehen Sie, anbietern zahlt sich nicht aus. Die nutzen Sie schamlos aus und Sie springen auf dieses Pferd und machen solche Sachen mit. Das sollten Sie vielleicht noch mal kritisch reflektieren, ob das die angemessene Zusammenarbeit mit den deutschen demokratischen Ramelow-Fraktionen hier im Raum ist. Gehen Sie mal kritisch in sich und überlegen Sie sich das noch mal!

Herr Pidde, für das Protokoll noch mal: Sie haben in Ihrer Rede hier nichts anderes zu Protokoll gegeben, als dass für das Sparkassensterben, für den Rückzug der Sparkassen aus dem ländlichen Raum die EZB verantwortlich ist, weil sie eine Niedrigzinspolitik betreibt, die wiederum zurückzuführen ist auf die Bazooka von Draghi, der damit händeringend versucht, die südlichen Staaten der EU zu retten. Da sehen Sie mal als Deutsche, als Thüringer, die vielleicht jetzt zuhören: Genau das sind die Auswirkungen der fatalen Europolitik, die alle Altparteien quer durch die Bank verzapft haben.

(Beifall AfD)

[...]

Vizepräsidentin Jung:

Jetzt hat sich die Landesregierung zu Wort gemeldet, Frau Ministerin Taubert. Herr Brandner hat sich noch mal zu Wort gemeldet. Sie haben noch 30 Sekunden, Herr Brandner.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einfach mal die Klappe halten!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Frau Rothe-Beinlich, das wünsche ich mir bei Ihnen auch einmal – einfach mal die Klappe halten, möglichst mal eine ganze Sitzung. Da würde ich mich freuen.

Herr Kuschel, § 2 Sparkassengesetz, gucken Sie da mal rein. Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir in die Selbstverwaltung eingreifen würden, dann müssten Sie § 2 abschaffen, da ist schon geregelt: Die Leistungen sind für die Bevölkerung zu erbringen, Geschäfte sind im Interesse der Kunden abzuwickeln und, liebe neoliberale Grüne, die Gewinnerzielung von Sparkassen ist nicht der Hauptzweck von Sparkassen. Siehe da! Gucken Sie mal ins Gesetz, das erhellt. Dass Gesetzesänderungen gesetzwidrig sind, Herr Kuschel, ergibt sich auch aus der Logik. Denn eine Gesetzesänderung verstößt nun mal vom Gedanken her erst mal gegen bestehende Gesetze. Deshalb suchen wir hier Mehrheiten und sind sicher, die heute auch zu finden. Vielen Dank.

(Beifall AfD)